

"Der dänische Sprengsatz" in Der Spiegel (8. Juni 1992)

Quelle: Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. Augstein, Rudolf ; R Herausgeber Dr. Kaden, Wolfgang; Kilz, Hans Werner. 08.06.1992, Nr. 24; 46. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"der_danische_sprengsatz"_in_der_spiegel_8_juni_1992-de-cb314ece-1a62-4be4-abb4-53a9134361b9.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

Der dänische Sprengsatz

Knaller aus Kopenhagen: Die Dänen brachten mit ihrem Votum gegen den Maastrichter Vertrag den Fahrplan zur Euro-Union durcheinander. Signal zum Aufstand auch anderer Staaten gegen den Brüsseler Zentralismus und Stopp für eine weitere Integration? Vor allem Bonn und Paris drängen jetzt darauf, daß die übrigen elf weitermachen.

Noch auf ihrem jüngsten Zweitreffen in La Rochelle waren Helmut Kohl und François Mitterrand mit sich und Europa ganz zufrieden. Wenn das kleine Dänemark in der Volksabstimmung den Maastrichter Vertrag ablehnen sollte, so der deutsche Bundeskanzler und der französische Präsident, dann würden eben die übrigen elf allein marschieren.

Süffisant wies Mitterrand auf die vielen Kandidaten hin, die lieber heute als morgen der Gemeinschaft beitreten würden: „Bald sind wir doch wieder 13 und 14 und 15.“

Die lockeren Sprüche fielen dem deutsch-französischen Freundschaftspaar leicht. Niemand mochte vor zwei Wochen daran glauben, daß eine Mehrheit der vier Millionen dänischen Wähler tatsächlich wagen könne, den „fahrenden Zug“ (Kohl über Europa) auf seiner Reise in eine vereinte Zukunft zu behindern.

Dank des Gemeinsamen Marktes war Dänemark doch immerhin ein Wirtschaftswunder gelungen. Die Aussichten auf eine Erweiterung der EG um die skandinavischen Nachbarstaaten schienen die wirtschaftliche und politische Zukunft der Dänen noch rosiger zu färben.

Ein Nein dagegen, das malten Politiker, Gewerkschafter und Wirtschaftsbosse den Bürgern in schwärzesten Farben aus, müsse die starke Währung des Landes gefährden, Investoren vertreiben und die Arbeitslosigkeit emporschnellen lassen. Welcher vernünftige Däne sollte da gegen Europa stimmen?

Dienstag abend war das eigentlich Unmögliche geschehen: 1 652 999 Dänen, 50,7 Prozent, hatten der Europäischen Gemeinschaft eine Abfuhr erteilt, mit 46 269 mehr Nein- als Ja-Stimmen.

Spontan ließen Tausende auf dem Kopenhagener Rathausmarkt in der sommerlich warmen Nacht eine bierschwere Jubelfeier steigen. Vor allem junge Wähler, Frauen und Sozialdemokraten hatten in dem Votum gegen Maastricht und gegen eine forcierte europäische Union mit ihrem Brüsseler Zentralismus den Ausschlag gegeben — für Außenminister Uffe Ellemann-Jensen, den enttäuschten Liberalen, ein „bedauerliches Eigentor“.

Der Schocker aus Kopenhagen verursachte Katerstimmung auf dem alten Kontinent. Von Überheblichkeit und Selbstsicherheit war nichts mehr zu spüren. Es triumphierten die Gegner einer europäischen Einigung.

In England dankte Maggie Thatcher den Dänen für ihr Nein „gegen die Euro-Bürokraten“ und forderte, auch in Großbritannien müsse über den Maastrichter Vertrag abgestimmt werden. Premier Major deutete an, die bereits vom Unterhaus beschlossene Debatte über die Ratifizierung werde verschoben. Zugleich wuchs die Besorgnis, daß nun auch die Iren, die am 18. Juni mit einem Referendum über die Politische sowie die Wirtschafts- und Währungsunion entscheiden, ihr Veto gegen Maastricht einlegen könnten.

Selbst der forsche Mitterrand bekam es mit der Angst zu tun. Auch er will sich nun nicht mehr nur auf die Ratifizierung des Vertragswerks durch das Parlament verlassen. Vielmehr sollen die Bürger selbst in einer Volksabstimmung über Maastricht entscheiden — mit großer Mehrheit, wie er hofft, mit einem deutlichen Ja zur weiteren Integration Europas.

Nach der ersten Konfusion fanden die Politiker scheinbar zur alten Entschlossenheit zurück. „Unbeirrt“, so versprach Bonns neuer Außenminister Klaus Kinkel, werde man auf dem Weg der Politischen Union voranschreiten.

Eine Umfrage bei den Außenministerkollegen in den übrigen zehn Hauptstädten ergab, daß man auch dort

entschlossen ist, die Ratifizierung wie geplant durchzuziehen. So wollten sich die EG-Außenminister auf einer Krisensitzung am Rande der Nato-Tagung in Oslo erklären.

Doch das markige „Weiter so, auch ohne Dänemark“ ließ sich nicht so einfach durchhalten. Emsig prüften am Tag nach dem Referendum die Brüsseler Juristen sämtliche Möglichkeiten, wie es denn nun mit Europa weitergehen könne. Ein hoher EG-Beamter: „Das hat dramatische Wirkungen und ist unglaublich kompliziert.“

Eindeutig ist, daß der Vertrag von Maastricht, so wie er zur Ratifizierung vorliegt, nur von allen zwölf Unterzeichnern in Kraft gesetzt werden kann. Sagt auch nur einer nein, dann muß der ganze Vorgang der Vertragsschließung wiederholt werden.

Zugleich bleibt Dänemark auf der Basis des Vor-Maastricht-Rechtszustandes weiterhin Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft. Die Fachminister aus Kopenhagen sitzen weiterhin mit am Ratsstisch, wenn über neue Umweltrichtlinien, die Harmonisierung der Verbrauchsteuern oder industriepolitische Maßnahmen entschieden wird.

In allen Politikbereichen, für die die Gemeinschaft nach den Römischen Verträgen zuständig ist, mischt dann ein Land mit, das dem Ziel der Gemeinschaft — der Politischen Union — widersprochen hat.

Selbstkritisch bezichtigten sich die Eurokraten, die den Maastrichter Vertrag mitformuliert hatten, nach dem überraschenden Nein aus Dänemark eines Versäumnisses. Man habe schlicht vergessen, eine „Take it or leave it“ Klausel einzufügen. Zu deutsch: Wer dem Vertrag nicht zustimmt, der soll auch nicht Mitglied der EG bleiben.

Am Mittwoch vormittag überlegten bei einem Frühstück der portugiesische Außenminister Joao de Deus Pinheiro, derzeit amtierender Ratspräsident, und der französische Kommissionspräsident Jacques Delors, wie die Krise zu bewältigen sei. Die Herren fanden vier Möglichkeiten:

- Der Maastrichter Vertrag wird neu verhandelt, um ihn den Dänen schmackhafter zu machen.
- Eine EG-Konferenz einigt sich auf ein Maastricht II, das auch von weniger als zwölf Mitgliedern in Kraft gesetzt werden kann.
- Dänemark wird innerhalb der in Maastricht beschlossenen Politischen Union ein Sonderstatus eingeräumt.
- Dänemark verabschiedet sich freiwillig aus der Europäischen Gemeinschaft und nimmt als Mitglied des Zusammenschlusses zwischen EG und Efta im Europäischen Wirtschaftsraum an den Segnungen des gemeinsamen Marktes teil.

Als die beiden Top-Europäer die einzelnen Möglichkeiten durchgingen, fiel sehr schnell die Idee der Nachverhandlung durch den Rost. Das Nein der Dänen läßt sich nicht an bestimmten Teilen des Vertrages festmachen. Es ist Ausdruck eines diffusen Unbehagens gegen einen politisch zentralistisch geführten Moloch, in dem das kleine Volk Souveränität und Identität verlieren würde. Das aber läßt sich nicht mit Nachverhandeln aus der Welt schaffen.

Zudem besteht die Befürchtung, daß auch andere Länder, wenn das Paket erst einmal aufgeschnürt wäre, mit neuen Bedenken und Wünschen kämen.

Doch auch alle anderen Möglichkeiten erwiesen sich beim näheren Hinsehen als untauglich. So müßte Dänemark auf die volle Mitgliedschaft verzichten und sich mit einem minderen Status, etwa der

Assoziierung, in der Gemeinschaft begnügen. Noch unrealistischer wäre, daß Kopenhagen sich wieder bei den Efta-Ländern einreihet.

Den Vertrag von Maastricht auf einer Regierungskonferenz noch einmal so umzumodeln, daß er dann auch von nur elf Staaten ratifiziert und in Kraft gesetzt werden kann, schien zunächst noch am realistischsten. Doch als die Juristen des Rates diese Alternative erstmals durchspielten, war schnell klar: Statt einer Patentlösung würde die Gemeinschaft einzeitraubendes juristisches Hickhack erwarten.

Selbst wenn es gelingen sollte, die komplizierten legalen Probleme zu lösen — der psychologische Schaden, den die Dänen angerichtet haben, ist bereits eingetreten. Kopenhagen hat eine Europa-Skepsis thematisiert, die nicht nur an der Ostsee vorhanden ist. Bei einer Telefonaktion der ARD sprachen sich letzten Mittwoch von 70 000 Anrufern 81 Prozent gegen die Europa-Einheit aus.

Mit dem dänischen Nein wurden nun die Architekten Europas, allen voran Helmut Kohl und François Mitterrand, gezwungen, die Reihen noch fester zu schließen und die Barrieren für die Neuankömmlinge höher zu legen. Beitrittskandidaten wie die neutralen Schweden, Österreicher oder Finnen können nicht mehr darauf hoffen, eine Sonderrolle bei der künftig gemeinsamen Sicherheitspolitik spielen zu dürfen. Das Motto lautet jetzt klarer als je zuvor: Friß, Vogel, oder stirb. Portugals Pinheiro: „Die Erweiterung der Gemeinschaft ist nicht gefährdet, aber die Bewerber müssen sich darüber klar sein, daß die Ziele von Maastricht vollständig und nicht nur in Teilen akzeptiert werden müssen.“

Nach zahllosen Telefonaten mit ihren Kollegen in den EG-Hauptstädten waren Pinheiro und Klaus Kinkel sich weitgehend einig, wie der dänische Sprengsatz entschärft werden könnte.

Dabei setzten die EG-Partner nicht nur auf die Einsicht der Dänen — sie wollen mit gehörigem Druck nachhelfen, daß Kopenhagen nachgibt und einen Rückzieher macht.

Willkommen waren die Erklärungen der skandinavischen Nachbarn, trotz des dänischen Votums an ihren Beitrittsplänen festzuhalten. Das zeige, daß Dänemarks Nein zum Vertrag andere Länder nicht abschreckt, an den Segnungen der Gemeinschaft teilzuhaben. Das kleine Dänemark, das 35 Prozent seines Bruttosozialprodukts über den Export verdient, wäre sehr bald von Vollmitgliedern der EG umgeben.

Verabredet wurde auch, den Maastrichter Vertrag in den anderen Ländern möglichst bald zu ratifizieren. Damit soll den Dänen klargemacht werden, daß ihr Referendum die Entwicklung hin zur Politischen Union nicht bremsen kann.

Schonungslos will man sie auch, so ein Kinkel-Beamter, mit der „letzten Konsequenz, dem Ausschluß Dänemarks aus der EG“, konfrontieren.

Wenn alle anderen dem Maastrichter Vertrag zugestimmt haben, wenn die Verhandlungen für den Beitritt der Nachbarn Dänemarks anlaufen und Dänemark seinerseits der Ausschluß droht, soll das Volk erneut befragt werden.

Schon hat Kopenhagens Regierungschef Poul Schlüter in Brüssel und Bonn signalisiert, daß er bereit ist, ein neues Referendum in die Wege zu leiten. Dann freilich geht es für die Dänen nicht mehr um Maastricht, sondern, so ein Delors-Beamter, „um alles oder nichts“.

Und Schwedens konservativer Regierungschef Carl Bildt, der die Euro-Unionspläne ohne Vorbehalte befürwortet, brachte die neue Lage aller skandinavischen EG-Aspiranten auf den kritischen Punkt: „Das klingt jetzt wie bei Hamlet: Sein oder Nichtsein.“